

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

C. H. Berlin, 3. Mai. Preussischer Landtag. Abgeordneter-Haus.

52. Sitzung vom 3. Mai.
Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. von Schelling, Dr.
von Lucius und Kommissare.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung er-
klärt Abg. Letocha (Ztr.), daß er sich in der
letzten Sitzung bei Gelegenheit der persönlichen
Ausbeurteilung zwischen den Abg. Windt-
horst und von Lynern zu einem Aus-
druck gegen Letzteren habe hinreißen lassen, der
nicht parlamentarisch war und den er selbst be-
dauere. (Beifall.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist
die erste Beratung des Gesetzentwurfs über
Rentengüter.

Zur General-Diskussion ist der erste Redner
Abg. Sombart (nl.), welcher zunächst
einen Überblick auf die bisherige Gesetzgebung
seit Anfang dieses Jahrhunderts gibt und dabei
ausführt, daß der Bauernstand im Verhältnis
zur Gesamtbevölkerung erheblich abgenommen
habe. Während er 1816 noch 75 Prozent be-
trug, sei er gegenwärtig bis auf 40 Prozent zu-
sammengesunken. Er bezeichnet die Arbeiter-
frage als die wichtigste Frage, die gegenwärtig
auf der Tagesordnung stehe, und spricht seine
Besorgnis darüber aus, daß der 1. Mai Dank
der besonnenen Haltung der Regierung, der Be-
treiber und des größten Teils der Arbeit-
nehmer friedlich und ruhig verlaufen sei. Trotz-
dem sei die Arbeiterfrage damit nicht von der
Tagesordnung verschwunden und namentlich bren-
nend sei die Frage der ländlichen Arbeiter. Der
angegebene Rückgang der ländlichen Bevölke-
rung habe seinen Grund darin, daß die
ländlichen Arbeiter nach den großen Städten
und den Industriezentren ziehen, in Folge-
dessen in der ländlichen Bevölkerung in riefiger
Weise ein Mangel an Arbeitskräften zu be-
merken sei. Der Grund dieser Ent-
wicklung liege in der preussischen Agrargesetz-
gebung. Die bisherigen Bauern seien dadurch
geworden, ohne aber materiell in der Lage zu
sein, sich auf ihrem Eigentum behaupten zu
können. Daher nehme allmählich das kleine Be-
sitztum ab, das Gutserbe zu, wenn auch bei
uns in nicht so hohem Maße, wie in England.
Auf der einen Seite habe die Entwicklung eine
rationelle gute Landwirtschaft zur Folge, weil
der Großgrundbesitzer sich die neuen technischen
Erfindungen zu Nutze mache, auf der andern
Seite habe ein stetes Zurückgehen und Verfall
des kleinen Bauernstandes. Es müsse des-
halb dahin gestrebt werden, einen gesunden kleinen
Besitz zu schaffen und die Tagelöhner mit der
Zeit zu kleinen Besitzern zu machen. Der vor-
liegende Gesetzentwurf entspreche den Anforderun-
gen nicht, es sei ein Kopf ohne Rumpf und
Rein und vor allen Dingen fehle es an dem
erforderlichen Kapital. Die im Herrenhause vor-
geschlagenen Rentenbanken zur Unterstützung des
kleinen Kredits und damit zur Bildung von Ren-
tengütern hätten eingeführt werden sollen. Er habe
deshalb einen Gegenentwurf ausgearbeitet mit dem
Institut einer Landesrentenbank. Die
Schatzverwaltung erfolge durch den Vermittlung
in einer Weise, daß der Rentengüterbesitzer mit dem
Rentenverpflichteten nichts zu tun habe. Bei den
Rentenbanken solle eine höhere Bezeichnung als
bei den Landbanken erfolgen. Er werde in der
Kommission seine Vorschläge machen. Der Er-
laß des Königs wolle die Vergewerke zu Minster-
werkstätten machen; wenn man hoffen dürfe,
daß Se. Majestät seine Aufmerksamkeit auch den
landwirtschaftlichen Betrieben zuwenden werde,
dann glaube er, werde es mit der Landwirtschaft
besser werden. (Beifall.)

Abg. Wessel (fr.) hält es für bedeu-
tend, gegenwärtig schon bestimmte Wünsche zu
äußern, weil das vorliegende Material nicht aus-
reichend sei. So schön es auch liege, wenn man
sage, man wolle den Tagelöhner festhalten, so
werde dieses Gesetz dazu sehr wenig beitragen.
Dem Arbeiter komme es hauptsächlich auf große
Ungewissheiten an, er wolle seine Arbeitskraft
ausüben, wie es ihm möglich erscheine. Des-
halb strebe der Arbeiter danach, ein eigenes Haus
und Heim zu haben, weil er sich darin für selbst-
ständiger halte. Dies könne indessen nur erreicht
werden durch eine Vermehrung der Stellen des
mittleren Bauernstandes und in den östlichen
Provinzen liege ein dringendes Bedürfnis dazu
vor, dafür habe die Entlohnung derselben den
klassen Beweis. Er hoffe von der Vorlage
immerhin eine Besserung; die Geldfrage werde
indessen bei dieser Gelegenheit nicht zur Erörte-
rung kommen können. Er beantrage Über-
weisung der Vorlage an eine Kommission von 21
Mitgliedern.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wirtsch.) ist
der Ansicht, daß auf diesem Gebiete sehr vor-
sichtig verfahren werden müsse, denn durch die
Gründung von kleinen Ansiedlungen werde das
Bestehen der großen Güterbezirke erheblich ge-
fährdet. Es würden daher wenige Großgrund-
besitzer geneigt sein, solche Stellen zu einbüßen.
Wolle man das Voss der ländlichen Arbeiter
bessern, so solle man den Naturallohn festhalten,
den dieser bei der besten Woll gegen das Über-
treten der Sozialdemokratie auf dem Lande. Mit
der Überweisung der Vorlage an eine Kommission
sei er einverstanden.

Abg. Seer (ul.) macht darauf aufmerksam,
ob es sich nicht empfehle, einen Minimallohn der
Rente festzusetzen, denn solle die Rente lebensfähig
sein, so müsse dies geschehen.

Abg. Zelle (fr.) Er und seine Freunde
seien mit der Tendenz der Vorlage einverstanden,
auch sie wünschene eine Schatzanweisung des län-
dlichen Arbeiterstandes. Gegen die Vorlage, wie
sie vom Herrenhause hier herübergekommen sei,
hätte er prinzipielle und praktische Bedenken.
Die Vorlage macht einen erheblichen Einschnitt
in das große Gebäude unserer Agrargesetzgebung.
Die Freiheit und das Recht, das Eigentum zu
theilen und zu veräußern, das sind die Grund-
sätze, die sich bei uns bewährt haben und statt
der Agrargesetzgebung sollen wir eine Agrarier-
Gesetzgebung erhalten und die Freiheit, die bisher
geboten hat, soll gegenwärtig beseitigt werden.
Mit demselben Rechte könnte man die alten
Probantien wieder einführen. Die Vererber
sind davon ausgegangen, daß die Vorlage wenig
Nutzen schaffen, aber auch nicht schaden werde
und deshalb angenommen werden könne. Dies

ist ein verkehrtes Prinzip, welches die Gesetz-
gebung diskreditiert und dem wir nicht folgen
sollen. Wir werden deshalb gegen die Vorlage
stimmen. (Beifall links.)

Minister Dr. v. Lucius: Der Herr Vor-
redner hat übersehen, daß es sich bei dieser Vor-
lage nicht um die Einführung neuer Grundbesitz-
handelt, sondern um die Ausdehnung eines Ge-
setzes, welches sich in zwei Provinzen des Staates
bereits bewährt hat. Es liegt in dieser Vorlage
die Tendenz, die Veräußerung über das Grund-
eigentum nicht zu beschränken, sondern zu er-
weitern. Die hier vorgeschlagene Form der Ver-
äußerung ist eine erwünschte und hat sich
praktisch erprobt. Die Staatsregierung ist mit
der Einführung dieser Vorlage aber auch
wesentlich einer Anregung aus diesem Hause, einem
von 32 Mitgliedern unterstützten Antrage des Abg.
Sombart gefolgt. Ob ich persönlich eine Aus-
dehnung der Vorlage auf die ganze Monarchie
vorgeschlagen haben würde, ist zweifelhaft (hört!
hört!), aber es liegt für die Staatsregie-
rung absolut kein Grund vor, einer günstigen
Entwicklung unserer Agrargesetzgebung entgegen
zu treten. Die Vorlage hat nur sozialpolitische
Tendenzen und es liegt absolut kein Grund vor,
derselben nicht zuzustimmen. Die Gesetzgebung
hat mit dieser Vorlage absolut nichts zu thun,
wir haben eine große Fülle von Kreditinstituten,
welche sehr leicht in die Lage gesetzt werden
können, für diese Zwecke Kredit zu gewähren.
Der Erweiterung der Vorlage würde das Zu-
standekommen derselben gefährden und dies muß
ich auch hier gleich bezüglich des vom Herren-
hause beschlossenen § 6 erklären, welcher die
Stempelfreiheit für die nach diesem Gesetze ge-
schlossenen Verträge auspricht. Deshalb glaube
ich auch, daß die Vorlage an eine Kommission
gewiesen werden muß. Ebenfalls ist auf Grund
dieses Gesetzes zu erhellen, daß sich eine nüt-
zliche Kolonisation wird erzielen lassen. (Bei-
fall rechts.)

Abg. v. Below-Saleste (konf.): Die
Vorlage sei kein agrarisches Postulat, sondern sie
erleichtere auch mittelständigen Leuten, sich festzu-
machen. Das Gesetz habe eine viel größere Be-
deutung, als in den Motiven angegeben worden,
es habe eine große nationale und sozialpolitische
Bedeutung. Frankreich stehe der Sozialdemokratie
gegenüber fest, vermöge seines tüchtigen Bauern-
standes, welcher durch Gesetze aus der Revolutions-
zeit geschaffen sei. Wichtig sei es, das Gesetz
wirksam und lebensfähig zu machen und eine
Begrenzung der Verschuldbarkeit herbeizuführen.
Dies sei Aufgabe der Kommission. Das Ge-
setz, wie es heute geboten werde, sei demnach an-
zunehmen.

Abg. Dr. Enneccerus (nat.): Es han-
delt sich hier hauptsächlich darum, den Bauern-
stand zu vermindern. Dieses Ziel sei ein recht
liberales. Auch ganz liberale Männer, wie
z. B. Kammers, hatten sozialpolitische Gesetze,
wie das vorliegende für notwendig und wirk-
sam. Mit der jetzigen Gesetzgebung sei ein ge-
sunder Bauernstand nicht zu befördern; die Pach-
tung eines Gutes sei bei den Bauern sehr wenig
beliebt, schon wegen der stets drohenden Erhöhung
der Pachtsumme. Das ablassbare Rentengut
könne auch gegenwärtig schon begründet werden,
es sei aber bisher nicht gelungen, weil die dro-
hende Kündigung daran gehindert habe. Wän-
schenwerth sei die Einführung von Minimal-
renten. Die Spekulation werde durch die Vor-
lage nicht gefördert, da der Spekulant auf schnelle
Realisierung hoffe, die hier nicht möglich sei.
Das Gesetz könne eine neue Art der Kapital-
anlage werden, was von großem Nutzen sein
würde. Mit der im § 6 der Vorlage vom
Herrenhause beschlossene Stempelfreiheit der Ver-
träge würde er persönlich einverstanden sein.

Abg. Dr. Krause (nat.) steht auf dem
Boden des Gesetzes, welches er nicht als ein
todtgeborenes Kind betrachten könne. Er halte
dasselbe vielmehr für sehr lebensfähig. Er gebe
dem Abg. Zelle zu, daß das Gesetz einen Ein-
schnitt mache in die Agrargesetzgebung. Dieser
Einschnitt aber sei notwendig. Es werde da-
durch nicht die Freiheit des Eigentums ange-
tastet, im Gegenteil, es werde die Vertragsfrei-
heit dadurch gefördert. Das freie Eigentum
werde nirgends beschränkt, wohl aber könne mit
dem Willen des Eigentümers das Recht über
den Grund und Boden beschränkt werden. Das
sei im Privatrecht heute doch überall möglich.
Es heiße fremde Gesichtspunkte in das Gesetz
einführen, wenn man sage: das Gesetz sei der
erste Schritt zur Wiedereinführung der alten Dienst-
barkeit und Robotten. Das Gesetz beabsichtige
eine Verbesserung der alten Agrargesetzgebung
und er vertraue, daß dasselbe sowohl zur Erhal-
tung des Bauernstandes, als auch zur Anstie-
lung landwirtschaftlicher Arbeiter wirksam die-
nen werde. Die Stempelfreiheit würde auch
er im Interesse des Gesetzes wünschen. (Beifall.)

Abg. v. Heydebrand und der Laasa
(konf.): Er glaube nicht, daß ein großer Teil
der Grundbesitzer sich zur Errichtung von Ren-
tengütern entschließen werde. Für die Kapital-
beschaffung müsse gesorgt werden. Die Renten-
banken dazu heranzuziehen, sei bedenklich, ebenso
dafür Staatsmittel flüssig zu machen, denn die
mittellosen Rentengüterbesitzer werden kaum in der
Lage sein, etwas zurückzugeben. Trotz dieser
schweren Bedenken werde man versuchen, in der
Kommission die Vorlage brauchbar zu gestalten.

Abg. Hansen (freis.) erblickt in der
Vorlage einen weiteren Schritt auf dem Gebiete
der sozialpolitischen Gesetzgebung und zur Ver-
besserung der Lage der ländlichen Arbeiter.

Abg. Humann (Zentr.) führt an, daß die
Stellung zu dem Gesetzentwurf in seiner Prä-
sentation geklärt sei. Er persönlich sei im Prinzip
dafür. Man sollte die Vorlage nicht auf die
Moos- und Heideflächen beschränken, sondern
auch auf andere Gebiete ausdehnen. Die Kom-
mission möge prüfen, ob Wind und Sonne gleich
vertheilt seien.

Abg. Richter (fr.): Wir halten diese
Vorlage für ein ganz überflüssiges Experiment.
Nach dem Vorgange der Beratungen im Herren-
hause und hier hoffen wir, daß aus dieser Vor-
lage diesmal noch nichts wird, und wir begreifen
deshalb auch die Erklärung des Herrn Ministers,
aus der hervorgeht, daß er die Vorlage nur aus
Kourtoisie gegen die Resolution Sombart und die
132 Unterzeichner derselben gemacht habe. Wenn
das Gesetz angenommen wird, so fürchten wir,
daß mit dem Essen der Appetit kommt. Das
Prinzip unserer Agrargesetzgebung ist durchbrochen
und sie werden dann auf diesem Gebiete weiter

gehen und auch die Forderungen erfüllen, welche
die Herren Graf Mirbach und v. d. Schulenburg
im Herrenhause stellten. Wir haben die feste
Ueberzeugung, daß von dem Augenblicke an, wo
die Vorlage als Gesetz zu Stande kommt, sich
Leute finden werden, welche bestrebt sind, das
Gesetz wieder abzuschaffen. Man soll die Klüfte
der Gesetzgebung möglichst selten in die Hand
nehmen und nur dann davon Gebrauch machen,
wenn ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, und
dieses Gesetz entspricht keinem Bedürfnis.

Die General-Diskussion wird hierauf ge-
schlossen und die Vorlage an eine besondere
Kommission von 21 Mitgliedern gewiesen.
Der Gesetzentwurf betreffend die erleichterte
Abveräußerung kleiner Grundstücke wird hierauf
mit einigen, vom Abg. Nebel (nat-lib.) be-
antragten formalen Änderungen in dritter Be-
rathung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf
über die Termine bei Verträgen über Wohnge-
mieten in den Provinzen Schleswig-Holstein,
Hannover und Preußen-Braunschweig.

Der Gesetzentwurf betreffend das zulässige
Ladungsgewicht und die Beladung der Fuhr-
werke auf den Landstraßen in Schleswig-Holstein
passirt ohne Diskussion die zweite Lesung, ebenso
wird der Gesetzentwurf betreffend die Gründung
neuer Anstalten in der Provinz Preußen-
Pommern in erster und zweiter Lesung erledigt.

In erster und zweiter Beratung wird der
Gesetzentwurf betreffend das „Wahlverbot in der
Stadt Frankfurt a. M.“ angenommen.

Hierauf verlagert sich das Haus.
Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Beratung der Lehrer-
Rentenvorlage, kleinere Vorlagen und Anträge.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Auf Grund des
Verlaufs, welchen die Verhandlung des Nach-
tragshauses in der Budgetkommission des Abgeor-
detenhauses genommen hat, giebt man sich der
bestimmten Erwartung hin, daß die Lan-
tagsession vor Pfingsten wird geschlossen
werden können. Zwar erscheint die Annahme
noch etwas sanguinisch, daß bereits am Montag
diese Verhandlung in der Kommission zum
Abschluß gelangen wird. Allein es darf doch auf
eine sehr nahe Beendigung derselben ge-
rechnet werden. Der Verlauf der Verhandlung,
über welche ein schriftlicher Bericht Heden-
schmidt geben wird, berechtigt ferner auch
zu der Annahme, daß die sich anschließenden Be-
rathungen rasch und glatt sich abspielen wer-
den und daß das Herrenhaus Zeit haben würde,
vor Pfingsten dem Etat gründliche Beratung
zu widmen. In dem gleichen Zeitraum darf
auf die Erledigung der Vorlage wegen der Sper-
regelei gerechnet werden, so manche An-
zeichen auch für die Absicht vorliegen, diese hin-
auszuschieben.

Ob es möglich sein wird, die beiden anderen
Regierungsvorlagen von größerer gesetzgeberischer
Bedeutung, die Vorlage wegen Unterhaltung der
fabrikischen Röhre und über das Rentengut mit
bestimmten Absichten entgegenzuführen, erscheint an-
sich der Schwierigkeiten zweifelhaft, welche
beiden in dem bisherigen Gange der Verhand-
lung sich entgegenstellen haben. Aber es ist
mindestens zweifelhaft, ob die Aussichten bei einer
Verlängerung der Session bis über Pfingsten
hinans sich wesentlich bessern würden. Unter
diesen Umständen müßten von Seiten der Staats-
regierung die gesetzgeberischen Pläne, mit denen
sie sich für den Fall einer längeren Dauer der
Session trug, zurückgestellt werden, mit Ausnahme
jedoch der bereits angekündigten Vorlage über die
Schulzeit und die Verstaatlichung der Schulver-
waltung und vielleicht einer Novelle zu der
Begeleiungsgesetzgebung für den Regierungsbereich Wies-
baden (Prinzipalbestimmungen der Fabriken, Mitban-
ziehung der Gemeinden zu in ihrem Interesse
aber außerhalb ihres Bezirkes liegenden Wege-
bauten). Diese Entwürfe sind soweit vorbereitet,
daß ihre Vorlegung unmittelbar bevorsteht; sie
sind auch solcher Natur, daß ihre Erledigung
rasch erfolgen kann. Der eine kommt dringenden
Wünschen aus der Mitte der Landesvertretung
entgegen, der andere befriedigt ein von den Be-
rathungen des Landeshofes als dringlich urgirtes
Bedürfnis.

Ihre Majestäten, die in den letzten Ta-
gen im Stadtschloß zu Potsdam residiert haben,
haben heute mit den kaiserlichen Kindern nach
dem Neuen Palais über.

Se. Majestät der Kaiser empfing gestern
den Professor Döpler jun., nahm einen längeren
Vortrag des Reichsanwalters von Capriotti entgegen,
ertheilte dem kaiserlichen deutschen Gesandten
in Madrid Freiherrn von Stumm und dem Ge-
sandten Grafen von Weddelsen Audienz. Dann
arbeitete Se. Majestät mit dem Kriegsminister
General der Infanterie von Werdy zu Bernoldi
und dem Chef des Militär-Kabinetts General-
Leutnant und General-Adjutanten von Hapfel
und entsprach um 7 Uhr einer Einladung des
Offizierskorps des Leib-Garde-Fusaren-Regiments
zum Diner. Nach der heutigen Besichtigung
folgte Se. Majestät der Kaiser einer Einladung
des Offizierskorps des Lehr-Infanterie-Regiments
zur Frühstückstafel. Gegen 11 Uhr trat Se. Ma-
jestät der Kaiser von der Station Wildpark aus
auf die Reise nach Altenburg an. In der Beglei-
tung Sr. Majestät des Kaisers befinden sich die
Rabbiner General-Leutnant und General-
Adjutant von Hapfel und Militär-Gesandter
Rath Dr. von Lucius, der Kommandant des
Hauptquartiers Sr. Majestät des Kaisers, Ge-
neral-Leutnant von Wittich, die Flügel-Adjutan-
ten Major von Zitzewitz, Major von Scholl
und Major Freiherr von Seidenroß, der Ober-
hof- und Hausmarschall von Liebenau, der
Leibarzt Dr. Eitelhof u. s. w. In Altenburg
wird festlicher Empfang stattfinden. Seine Ma-
jestät der Kaiser kehrt in der Nacht vom Sonn-
tag zum Montag nach dem Neuen Palais
zurück.

Ihre Majestät die Kaiserin ertheilte
gestern im hiesigen Schloß Audienz und beehrte
alsdann nach Potsdam zurück. Gegen Abend
unternahm Alexanderhof eine Spazierfahrt
und besuchte das Neue Palais.

Die Tausche der neugeborenen Prinzessin,
der Tochter Ihrer kaiserlichen Hoheit des Prin-
zen und der Prinzessin Friedrich Leopold wird,
wie man hört, Mitte Juni und zwar im Stadt-
schloß zu Potsdam stattfinden.

Der verstorbenen Reichsbank-Präsident
von Döschend war während seiner Studienzeit

Mitglied der Bonner Borussia und somit ein
Korpsbruder unseres Kaisers. Der Kaiser sandte
der tiefgebeugten Familie ein huldvolles Beileid-
schreiben und einen kostbaren Kranz, dessen
Schleifen die gekrönten Monogramme des Kaisers
und der Kaiserin trugen. Weitere Kränze und
Palmen-Arrangements sind vom Minister von
Lucius, vom Herzog von West, von den Damen
des Wilhelmstifts, von Frau von Lauer, von der
Kaiserin, Handelskammer, vom Kaiserverein und
von vielen hiesigen und auswärtigen Banken,
sowie von den Reichsbankanstalten und Bezirks-
ausschüssen eingegangen.

Der Bundesrath ertheilte in der am
3. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vize-Präsi-
den des Staatsministeriums, Staatssekretärs des
Inneren Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenar-
sitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend
Abänderung der Gewerbeordnung, die Zustim-
mung. Der Entwurf von Bestimmungen über
die Bearbeitung der Ergebnisse der Volkszählung
von 1890 wurde den Ausschüssen für Rechnungs-
wesen, für das Landwehr und die Festungen und
für Zoll- und Steuerwesen zur Vorberathung
übergeben. Mit der bereits erfolgten Ueber-
weisung des Gesetzentwurfes, betreffend die Fest-
stellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat
für das Etatsjahr 1890-91, an den Ausschuss
für Rechnungswesen erklärte sich die Versamm-
lung einverstanden.

Köln, 3. Mai. Die „Köln. Ztg.“ bezeichnet
die Mittheilung der russischen „Börse-Zeitung“
daß russische Esellen wieder zur Kombarbildung
bei der deutschen Reichsbank zugelassen werden
sollen, als vollständig unbegründet.

München, 3. Mai. Die Kammer der
Reichsräthe genehmigte das gesammte Budget
und das Finanzgesetz nach den Beschläffen der
Kammer ohne Debatte. Der Minister des In-
nern verlas ein Dekret des Prinz-Regenten,
durch welches die Landtags-Session vertagt wird.
Der Präsident brachte ein Hoch auf den Regenten
aus, worauf Prinz Arnulf seinen Dank für die
Leitung der Geschäfte aussprach, auf welchen der
Präsident v. Thöring-Seitenbach dankend erwi-
derte. Nachmittags findet der Schluß der Kam-
mer statt.

Franzreich.

Paris, 2. Mai. Auf Veranlassung der
jüngsten Glieder des „Comit6 des nationaux
Vertheidigung“, welche in der letzten Zeit in die-
ser Beziehung ganz besondere Anstrengungen ge-
macht haben, ist die Rückkehr von Lan-
gers und Rocheforts nach Frankreich heute
beschlossen worden. Beide sollen sich am Son-
ntag früh nach Frankreich einschiffen und an
einem Punkte landen, den Boulanger in einem
Schreiben an den Präsidenten der Republik näher
bezeichnen wird. Boulanger wird erklären, daß
er seine früheren Bedenken gegen das Ausnahme-
verfahren fallen lasse und daß er sich diesem
Verfahren unterwerfe, nicht aber als politischer
Mann, sondern als Soldat. Der General will
den französischen Boden in voller Gala, mit
allen Ehren geschmückt, betreten. Die Regie-
rung wird unverzüglich Maßregeln ergreifen, da-
mit die Ankunft Boulangers und Rocheforts nicht
Anlaß zu Unordnungen biete.

Paris, 3. Mai. Im Ministerrath wurde
heute die Antwort festgesetzt, die den Bevöl-
mächtigten der ägyptischen Regierung hinsichtlich
der ägyptischen Konversion ertheilt werden soll.
Die Antwort wird zustimmend lauten. —
Wieder beschäftigt sich der Ministerrat mit der
Rückkehr von Lanagers. Das Kabinett
betrachtet die Rückkehr als absolut unnah-
rscheinlich, hat aber trotzdem die nöthigen
Anordnungen getroffen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Mai. Die Ferien an
allen höheren Schulen der Provinz im
Jahre 1890 find in folgender Weise festgesetzt:
Pfingstferien: Schluß 23. Mai Nach-
mittags, Schulanfang 29. Mai früh, Som-
merferien: Schluß 2. Juli Mittags,
Schulanfang 31. Juli früh, Herbstferien:
Schluß 24. September Mittags, Schulanfang:
9. Oktober früh, Weihnachtsferien:
Schluß 20. Dezember Mittags, Schulanfang
5. Januar 1891 früh.

Die „Polaria“ traf vorgestern Abend,
von Newporf kommend, in Stettin ein.

Auf dem vorigen Wochenmarkt wurde
einer Baumtöchterfrau aus der Bellevue-
straße ihr Portemonnaie mit 15 Mark Inhalt
entwendet. Das Portemonnaie vermißt die Ge-
schädigte erst, als sie Einkäufe bezahlen wollte.

In der Woche vom 27. April bis 3.
Mai wurden in der hiesigen Volksliste 1745
Portionen verabreicht.

In der Woche vom 20. bis 26. April
lanten im Regierungs-Bezirk Stettin 94
Erkrankungen und 21 Todesfälle in Folge von
ansteckenden Krankheiten vor. Am
stärksten zeigte sich wiederum Diphtherie,
worauf 49 Erkrankungen und 11 Todesfälle zu-
verzeichnen sind, davon 16 Erkrankungen (3 Todes-
fälle) in Stettin und 11 Erkrankungen (4 Todes-
fälle) im Kreise Randow. Sodann folgt Scha-
lach mit 39 Erkrankungen (8 Todesfälle),
daneben 12 Erkrankungen (darunter 11 Er-
krankungen in Verbindung mit Diphtherie) in Stettin.
An Darm- Typhus erkrankten 3 Personen
(2 Todesfälle), an Märsen erkrankten 2 Per-
sonen und an Rindpest erkrankte 1 Person
in Stettin. In den Kreisen Ramin
und Usedom-Wollin kam Fall von anstecken-
der Krankheit vor.

Das Haus Hohenhausenstraße 74, bisher
dem Güterexpedienten Herrn Amende gehörend,
ist für den Preis von 80,000 Mark in den Besitz
des Herrn J. Meyer übergegangen.

Die heutige Eröffnungsvorstellung des
Bellevue-Theaters ist, wie wir bereits gemeldet,
die Mannsfeld'sche Fosse „Der Stadtrichter“.
Am Montag gelangt das Fudische Lustspiel
„Die wilde Jagd“ zur Aufführung und Dienstag
ist die erste Operette „Boccaccio“. Die Titel-
partie in derselben singt Fräulein Margarethe
Groß.

Am 1. Mai d. J. beging der Kocher der
pommerischen Provinzial-Bauerei Wilhelm
Gielow sein 25jähriges Jubiläum als Arbeiter
und Kocher des Instituts. Es wurde ihm seitens
seiner Freunde und Mitarbeiter ein stimmung-
svolles Geschenk dargebracht.

Anlässlich eines Spezialfalles hat der
Kultusminister die Entsendung getroffen, daß

jevischberechtigten Militärpersonen des aktiven
Dienstes, wenn ihre Kinder die höheren
Unterrichtsanstalten derjenigen Stadtgemeinde be-
suchen, in welcher sich der eigentliche Sitz ihrer
dienstlichen Wirksamkeit befindet, zur Zahlung der
für Auswärtige festgesetzten höheren Schulgelber
nicht verpflichtet sind.

Auf höhere Veranlassung finden Ermitt-
lungen darüber statt, in welcher Form bisher die
Anstellung von Taugenlaubbisheimen erfolgt ist
und ob etwa der Einführung gleichförmiger Taug-
enlaubbisheimen, in denen alsdann gleichlaube-
Taugenlaubbisheimen an bestimmter Stelle ein-
zutragen wären, irgendwelche Bedenken entgegen-
stehen.

Nach neuerlicher Verfügung der Regie-
rungsbehörden wird wegen des in letzter Zeit
wieder überhandnehmenden Raubdiebstahls und
der zunehmenden Unsicherheit der Landstraßen
die Gendarmen wiederholt angewiesen worden,
nicht nur jedes beim Fahren betroffene, sondern
auch jedes sich arbeitslos herumtreibende und be-
sah des Landstraßen verdächtige Individuum
rücksichtslos aufzufassen und der zuständigen
Ordnungsbehörde vorzuführen. Gemäß § 128
der Reichsstrafprozessordnung haben die Polizei-
behörden die Angehörigen nicht mehr der Staats-
anwaltschaft zu überweisen, sondern unverzüglich
dem Amtsrichter des Bezirkes, in welchem die
Bestimmung erfolgt ist, vorzuführen.

(Senecio vernalis.) Gleichzeitig mit der
ersten Frühlingsvegetation zeigt sich auch wieder
das verächtliche und mit vollem Recht von jedem
Landbesitzer gefürchtete Unkraut Senecio
vernalis. An Wegen und Rainen, auf Gräben-
rändern und in Wiesengründen, auf Moos-
und auf Sandboden — überall fühlt es sich daheim
und wehe dem, der es sich nicht zur strengen
Pflicht macht, dasselbe sofort bei seinem ersten
Erscheinen gründlich zu vernichten! Schnell
treibt es seine dickfleischigen Stengel und seine
zahlreichen Blüten, die alsdann eine große An-
zahl geflügelter Samen bringen, welche vom
Winde fortgetragen, bald wieder neue Pflanzen
erzeugen, so daß in einem Jahre noch die dritte
Generation reifen Samen zu tragen im Stande
ist. In Folge dieser unermüdlichen Vermehrungs-
fähigkeit überwindet es bald ganz Gärten, Freizeiten,
Gärten und für die Kulturpflanzen un-
entbehrlichen Nährstoffe gänzlich entziehend. In
richtiger Würdigung der außerordentlichen Schäd-
lichkeit dieses Unkrautes sind denn auch die
Behörden mit dankenswerthem Eifer bemüht,
den Umsichgreifen desselben möglichst einzufang
zu thun und ist schon vor mehreren Jahren eine die
Ausrottung des Senecio vernalis betreffende Ver-
ordnung erlassen, deren strenge Durchführung
den Aufsehtsbeamten alljährig zur besonderen
Pflicht gemacht wird. Indes ist dies nicht gar
so einfach wie es den Anschein hat. Wenn auch
Senecio vernalis von dem Botaniker und dem
mit der Botanik auf gutem Fuße lebenden Ver-
seggärtner unweigerlich erkannt werden kann, so ist
dies doch durchaus nicht bei dem Laien der Fall
und es ist auch billiger Weise nicht zu verlangen,
daß derselbe unter der großen Zahl derjenigen
Kompositen, welche dem S. vernalis ähnlich sehen,
die richtige auf den ersten Blick erkennt. So
ist denn der Fall nicht selten, daß gegen weniger
schädliche, dem Senecio vernalis ähnliche Pflan-
zen, wie Senecio Jacobaea, Chrysanthemum
segetum (die Goldruhrblume) und verschiede-
ne gelbblühende Dieracien ein erbitterter Ver-
nichtungskrieg geführt wurde, während der eigent-
liche Vernichter in allernächster Nähe unbefügt
sein beschauliches Dasein fristete. Es ist eben
von dem Laien nicht zu verlangen, daß er die
Pflanze nach einer ihm in die Hand gegebenen,
oft recht komplizierten und schwer verständlichen
botanischen Beschreibung richtig kennen lernt, und
meinen wir daher, daß das Augenmerk der inter-
essirten Behörden vor Allen darauf gerichtet sein
müßte, daß diejenigen Beamten, welche mit der
Überwachung der Senecio-Verordnung beauftragt
sind, mit der natürlichen lebenden Pflanze ge-
nauestens bekannt gemacht werden.

Aus den Provinzen.

++ Tempelburg, 2. Mai. Am Bußtage Mor-
gens früh um 4,5 Uhr ist der Vorwerkbesitzer
Krieger zu Abban Groß-Buchsteden dessen Grund-
stück an die königliche Forstgrenz, von dem kö-
niglichen Forstsekreter Sch. zu Neuhof mittels
Schuß getroffen worden. Wie verlautet, soll A.
mit zwei Gewehren auf dem Forstgumbe betref-
fen worden sein und läßt sich annehmen, daß er
unberechtigt zu jagen beabsichtigte. Zwei Re-
posten sollen in den Rücken, je einer in den lin-
ken und rechten Arm gedrungen und die Verwun-
dungen in Verbindung mit dem bedeutenden
Blutverlust, da A. zwei Stunden angeblich an-
geschwunden liegen mußte, bevor er, mittels Fuhrwerk
von der Stelle gefahren wurde, lebensgefährlich
sein, so daß an dem Aufkommen des Verwun-
deten, welchen der praktische Arzt Herr Doktor Leib-
holz von hier behandelt, gezweifelt wird. Mit
Rücksicht darauf, daß A. in den Rücken getroffen
ist, fürchten hier allerdings Gerüchte, doch dürfte
die Untersuchung bald Näheres ergeben, zumal
zur Zeit als der Schuß fiel, zwei Frauen, welche
Morcheln suchen gingen, in unmittelbarer Nähe
sich befanden haben sollen und den Sachverhalt
mit angehen. Krieger ist verheiratet und
Vater von vier unehelichen Kindern.

